

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag Leipzig
Redaktion: Auer Verlag Leipzig
Telegraphische Anstalt Leipzig

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 198

Freitag, den 25. August 1922

17. Jahrgang

Die Mark-Katastrophe.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Dollar hat gestern an der Berliner Börse zeitweilig den Stand von 2000 Mark überschritten. Die deutschen Markbesitzer sind von der Flucht vor der Mark angefaßt worden. Aber wiederum war das traurige Beispiel zu verzeichnen, daß in der Senkung der Mark Berlin der New Yorker Börse einige hundert Punkte voraus war. Es ist zuzugeben, daß die letzten Tage sehr oft auch das umgekehrte Bild gezeigt haben. Immerhin erfordern diese Vorgänge die ernsteste Aufmerksamkeit der Regierung. Man kann selbstverständlich nicht den Markkurs auf dem Wege der Verordnung heben oder auch nur stabilisieren. Wenn jetzt nach einer Korrespondenzmeldung von den Gewerkschaften angeblich so etwas gefordert wird, so würde mit Recht darauf hingewiesen werden können, daß dieses unaugstliche Mittel in Russland den Währungssturz erheblich beschleunigt hat. Wegen die harten wirtschaftlichen Tatsachen kann man nicht mit bürokratischen Verordnungen an. Etwas anderes ist es, ob die Vorschriften über den Kauf von fremden Zahlungsmitteln nicht noch etwas enger und strenger gefaßt werden können, so daß es Leuten, welche nicht in fremden Währungen zu zahlen haben, unmöglich gemacht wird, an der Börse spekulativ in die Erleichterung zu treten. Auch hier ist die Kontrolle ungenügend, da ja selten festzustellen ist, ob jemand für den eigenen Bedarf oder für irgend welche Stimmänner Leuten erwirbt. Immerhin könnten wir hier durch scharfe Verbote und die Androhung erheblicher Strafen Wandel schaffen. Es ist ein unumgänglicher Zustand, daß heute Portofolienjünglinge in fremder Währung spekulieren. In bestimmten Zweigen des Großhandels versucht man schon lange die deutsche Währung durch fremde Währungen zu ersetzen, und ganz zynisch inserieren Agrarier in ihrer Presse, daß sie ihr Gut gegen soviel Dollar verkaufen. Daß die Regierung hier dergleichen Zustände hat eintreten lassen, ist selbstverständlich eine schwere Versäumnis.

Man muß auch mit aller Deutlichkeit die Regierung darauf drängen, daß sie nicht der überlofen Preissteigerung tatenlos zuschaut. Die Auswucherung des Geldes kennt bald keine Grenzen mehr. Auch heute produziert Deutschland beispielweise noch seinen Eigenbedarf an Zucker, soweit es sich um den Volksverbrauch handelt. Sobald natürlich ganze Industrien als Käufer auf dem Zuckermarkt auftreten, die vermöge ihrer Ausfuhr bequem Auslandszucker erwerben könnten, tritt Materialverknappung ein. Ohne einer neuen Zwangsverwaltung das Wort reden zu wollen, muß doch gesagt werden, daß der Staat keinesfalls sich mit der beschränkten Nachwachstrolche begnügen darf, wenn es um Leben und Sterben eines Volkes geht. Gewisse Regelungen und eine geschärfte Aufmerksamkeit sind in dieser Zeit unerlässlich. Denn je. Dabei ist auch festzuhalten, daß in der Lebensmittelherzeugung die Dinge doch nicht so liegen, daß wir hier die Preise einfach nach der Entwicklung der fremden Zahlungsmittel bemessen müßten. Der landwirtschaftliche Produzent laßt keine Rohstoffe in fremder Währung, es ist darum auch Wahrscheinlich, wenn er seine Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Butter- und Gemüsepfeile einfach munter nach den Kleinsten Umständen der fremden Zahlungsmittel bemißt. Ganz ähnlich liegen die Dinge in vielen anderen Zweigen, welche den deutschen Tagesbedarf in Nahrung und Bekleidung liefern. Wenn hier die Preise ins Uferlose steigen, wenn in der schamlosen Absicht einer noch stärkeren Auswucherung Waren zurückgehalten werden, so liegt das einfach daran, daß unsere Wuchererorganisation und unsere Polizeibehörden vollkommen versagen. Die Regierung muß hier aus ihrer Passivität heraus. Aber sie allein vermag das Uebel nicht zu bändigen, sondern aus dem Volke heraus muß ein neuer Gemeinwillen entstehen, der Kammerlei ebenso ablehnt wie Wucherer, und nur wenn Bevölkerung und Behörden Hand in Hand arbeiten, kann dem Uebel gesteuert werden.

Das entscheidende bei der Steigerung unseres inneren und äußeren Glanzes ist aber natürlich die Dämpfung des Auslandes und gegenseitig. Die gestrige Markkatastrophe der Berliner Börse wurde durch das französische Pressegesetz über die Berliner Reparationsverhandlungen hervorgerufen. Noch ist gar keine Summe genannt worden, die Deutschland bereit wäre, als Garantie ins besetzte Gebiet zu überführen, noch erörtert man diesen Gedanken nur als eine der Möglichkeiten, einen habgierigen Gläubiger zu befriedigen — und schon brüllt die Boulevardpresse: Ablehnung, Ablehnung! Die Regierungsmänner Frankreichs reden von Sanktionen und auch aus England kommt kaum ein Wort des Verständnisses für unsere furchtbare Lage. Wenn dann die Kapitalisten zu einem schwer bedrückten und bedrohten Bande das Vertrauen verlieren, daß man sich über den Währungssturz nicht wundern. Darüber jedenfalls kann bei

uns keine Unklarheit aufkommen: Regierungsmaßnahmen können das Uebel nur mildern, beseitigt kann es allein

durch die endliche Eindeutigkeit der Vernunft bei unseren Gegnern werden.

Unser Volk in Not.

Der Dollar 2000.

Nach einer außerordentlich scharfen Aufwärtsbewegung in den letzten Tagen hat der Dollarkurs an der Börse die 2000-Mark-Grenze überschritten, die Tschechenkrone 70 Mark erreicht. Diese außerordentlich schnelle Entwertung der Mark vollzieht sich auch an der Börse nicht, wie man vielleicht denken könnte, in dem äußeren Rahmen einer bereitwillig unterstützten Aufwärtsbewegung. Vielmehr zeigt sich Beklemmung auf den Gesichtern all derjenigen, welche von Minute zu Minute die weitere Steigerung des Dollarkurses miterleben. Dazu kommt, daß der gesamte deutsche Devisenhandel und alle dahinterstehenden Bankkreise der Devisenbewegung in völliger Ohnmacht gegenüberstehen. Abgesehen von politischen Erwägungen, die verschärfend wirken, ist es vor allem die außerordentliche Materialknappheit, welche das Heraufsteigen der Kurse zur Folge hat.

Kallos stehen wir dieser furchtbaren Entwicklung der Dinge, der Verdichtung unserer Not gegenüber. Und mit Staunen und Kopfschütteln sehen wir dem Steigen der Tschechenkrone

zu dem Gelde des Landes, über welches gerade in diesen Tagen die trostlosesten Berichte zu uns herüber bringen. So lesen wir in einem solchen:

Seit Monaten befindet sich die tschechoslowakische Industrie in einer schrecklichen Lage: Betriebsstillstellungen, Betriebsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen, Streiks wegen Lohnherabsetzung häufen sich immer mehr. Im Zusammenhang mit der neuerlichen rapiden Kurssteigerung der tschechischen Krone ist es nun der sichtbare Ausdruck dieser latenten Krise in einem der für die Tschechei wichtigsten Industriezweige, der Glasindustrie, gekommen. Diese rein auf Export eingestellte, zum größten Teil in deutschen Händen befindliche Industrie steht vor dem Zusammenbruch. Es kommt die Nachricht, daß in sämtlichen Glasfabriken West- und Nordwestböhmens der gesamten Arbeiterschaft gekündigt worden ist. Die Arbeiterschaft der Glashütten des Emschlag-Gebietes steht gleichfalls vor der Kündigung. In den Raffinerien dieses Gebietes brohen in den nächsten Wochen Massenentlassungen.

Die jetzigen Schätzungen bewegen sich in der Höhe von einer Viertelmillion. Dazu kommen heute 18 000 Arbeitslose der Glasindustrie und 20 000 Glasarbeiter, welche von der Entlassung unmittelbar bedroht sind. Im Gablonzer Glasbezirk ist, wie die Reichsberger Zeitung schreibt, die Wirkung der Kronensteigerung drohend. Die Heimindustrie liegt brach, fast alle Betriebe sind stillgelegt. In der Glasperlenbranche, in welcher gearbeitet wird, geschieht es in der Furcht, daß die Aufträge annulliert werden. Die Arbeiterschaft stellt sich naturgemäß gegen jeden Lohnabbau, da die Preise für Lebensmittel und tägliche Bedarfsartikel nicht in dem Maße fallen, wie die Krone steigt.

Die Metallindustrie muß einen Betrieb nach dem anderen sperren; soweit sie noch arbeitet, sucht sie mit einem Minimum von Arbeitern auszukommen, oder sie arbeitet nur einige Tage in der Woche. Die Mannesmannröhrenwerke in Komowau, welche längst noch 1000 Arbeiter beschäftigten, können nur noch 100 Mann voll beschäftigen. Wenn keine größeren Bestellungen einlaufen sollten, will das Establishment mit dem 1. Januar 1923 den Betrieb überhaupt auflassen. In den Stodawerken in Bilfen sollen dieser Tage fast 2000 Arbeiter entlassen werden, doch gelang es, nach längeren Verhandlungen durchzusetzen, daß vorläufig nur etwa 500 Arbeiter gekündigt wird. Die Smalldierwerke Austria in Brüx werden ihren Betrieb binnen kurzem ganz einstellen müssen, da die hohen Selbstkosten eine Konkurrenz mit ausländischen Waren völlig unmöglich macht. Die Metallarbeiterschaft hat bereits ein gemeinschaftliches Einschreiten sämtlicher Arbeiterorganisationen wegen des Steigens der tschechoslowakischen Krone bei der Regierung vorbereitet. In den übrigen Industriezweigen, der Textilindustrie, der Porzellan- und Holzindustrie, ist die Lage nicht anders. Eine Folge dieses Zustandes macht sich bereits bemerkbar: Die Industrie wandert aus.

Während wir diese Zeilen schreiben, wird uns der Dollar mit 2400, die Tschechenkrone mit 80 bis 84 gemeldet. Die Feder fällt vor Schreck aus der Hand. Immer angfälliger drängt sich die Frage auf: was soll werden, wie soll das Schicksal des deutschen Volkes enden. Wer kann helfen, wie kann geholfen werden? Keine Antwort. Wir sind der Willkür der Feindböller

ausgeliefert. Alle Schritte aus uns heraus müssen zur Erfolglosigkeit verurteilt bleiben, solange der Versailler Vergewaltigungsvertrag Geltung hat und Europa von Poincare-Clemenceau regiert wird.

Die wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Reichswirtschaftsminister folgende Forderungen unterbreitet:

- Beschlagnahme der Lebensmittel, Kleider und Stiefel;
- Rationierung Deutschlands;
- Festsetzung eines Bankkurses der Mark;
- Festsetzung von Höchstpreisen;
- Übernahme des gesamten Ausfuhrhandels durch die Reichsregierung;
- Devisen-Ein- und Verkauf nur durch das Reich;
- Schärfste Überwachung der Preisbildung durch das Reich;
- Sofortiges Verbot von Auchen und Auchen-Waren;
- Sofortiges Verbot der Herstellung von Süßwaren, Konfitüren, Schokolade usw.;
- Einschränkung der Bierherzeugung, Verbot von Schaumweinherstellung für den Auchenverbrauch;
- Einfuhrverbot für Apfelsinen, Weine, Delikatessen usw.

Die Kohlennot Deutschlands

hat die Bergarbeitervertretungen nun doch noch dazu bewegen, in Verhandlungen über das Verfahren von Ueberschichten einzutreten. Die Vertreter der Zechenverbände (Arbeitgeber) und der Bergarbeiterorganisationen sind unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zusammengetreten, um mit der Ueberschichtenfrage auch die Neuregelung der Bergarbeiterlöhne zu beraten. Man kann den Beratungen angesichts der Kohlenkatastrophe der kommenden Zeit nur guten und schnellen Abschluß wünschen.

Ausdehnung der Feinstoff-Kaufleute zur Lenkung.

Der Reichsverbandstag Deutscher Feinstoffkaufleute nahm in seiner Hauptversammlung eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

Die deutsche Feinstoff-Kaufleute fordern schärfste Verfolgung wucherischer Ausbeutung des Volkes, legen aber Wert darauf, zu erklären, daß die Lebensmittelteuerung eine Folge der Lebensmittelknappheit ist. Die deutsche Ernährungsbekleidungsindustrie ist zu kurz gekommen: 80 Millionen Morgen gleich 20 Prozent der deutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche ist durch den Friedensvertrag verloren gegangen. Ungenügende Bodenbearbeitung und -düngung während des Krieges, der Verlust von Phosphatquellen durch den Friedensvertrag und Mangel an Stickstoff infolge Kohlenknappheit haben einen Ernteertragsverlust von 80 bis 40 Prozent gegenüber der Friedensproduktion erzeugt. Die aus naturlichen Gründen nahezu unmöglich gewordene Einfuhr von ausländischen Kraftfuttermitteln (im Frieden etwa 2 Milliarden Goldmark) amerikanischem Schmalz, nordischer und sibirischer Butter ist der Grund für die außerordentliche Verminderung der Fleisch-, Fett- und Milchherzeugung und der dadurch bedingten Verteuerung. Für 40 Millionen Goldmark gleich 9 Milliarden Papiermark ist im Monat Juli 1922 englische Kohle eingeführt worden. Eine wöchentliche Ueberschichte der Kohlenarbeiter hätte genügt, um mit den für die überflüssige Kohleneinfuhr aufgewendeten Exportdevisen dem gesamten deutschen Volke eine große Menge notwendiger Lebensmittel zuzuführen und durch dieses verstärkte Angebot die Preise agrarischer Inlandsprodukte zu senken.

Die deutschen Feinstoff-Kaufleute protestieren aus volkswirtschaftlichen wie aus nationalen Gründen gegen die Einfuhr aller überflüssigen Auslandsgüter, gegen jegliche Ausfuhr deutscher Nahrungs- und Genussmittel, insbesondere Zucker, Fleischwaren, Konserven und Fische und fordern ein generelles Verbot der Verarbeitung ausländischen Zuckers in der Likör- und Schokoladen-Industrie.

Die deutschen Feinstoff-Kaufleute beurteilen das Schlemmerleben der Kriegs- und Revolutionsgewinnler ebensosehr wie die durch das unsoziale Lohnsystem hervorgerufene Verschwendung jugendlicher Lohn- und Gehaltsempfänger zum Schaden kinderreicher Familienväter!

Die Sorge um das tägliche Brot.

Am nächsten Dienstag tritt der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages zu einer Sitzung zusammen, um über einige Fragen der Getreideumlage zu beraten. Es ist leider nicht zu befürchten, daß die Getreideumlagen strafen werden, das als Ergebnis dieser Beratungen eine Erhöhung des Preises für Brotverbot bevor

ein
von 80
ig wurde
st und
ohne die
den Ge-
gehalt,
des Hau-
vor, wie
auf die

en.
ung
im

Mathe-
ter der.
r Kosten
Schwar-
ung nach
in den
den Nie-
d Markt
r. Besei-
mpreise.
des. 11.
agl. der
itung an
in Stadt-
schusses
an die
1922. 16.
ohnungs-

s vom 24.
nung vom
Rienber-
Die Haus-
gefällt bis

ballefern.
Stadt.

b. H.

10840/70
350828/30
3000/00
89/00
781/05
613/07
500/00
10200/00
86950/32
463803/94

114724/65

114724/65

gung ge-
senschaft
s sind an
revisor.

en
e.

en
gute Kost.
berg,
lte,
äftsstelle

a Hotel
auf von

n
Schaten
120 M.
Stern.